

# Viele Schulen regeln Umgang mit dem Handy selbst

Die Bevölkerung befürwortet ein generelles Handyverbot an Schulen. Die meisten Kantone überlassen es hingegen den Schulen, den Umgang mit dem Handy zu regeln.

Autorin: Mirja Keller



Wer am Handy ist, spricht weniger mit anderen.

Wie eine grossangelegte Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Sotomo zeigte, würden viele Menschen in der Schweiz ein generelles Handyverbot an Schulen begrüssen. Auch Eltern sind wegen des Handykonsums ihres Nachwuchses besorgt und fordern zunehmend Massnahmen für einen möglichst störungsfreien Unterricht. Doch während der Zuspruch für ein generelles Verbot an Schulen in der Gesellschaft relativ hoch scheint, bleibt die Politik zurückhaltend.

## Verbot in sechs Kantonen

Faktisch gilt bislang in den Kantonen Aargau, Genf, Nidwalden, Waadt und Wallis ein gesetzliches Handyverbot auf dem Schulareal. Im Februar 2026 zieht auch der Jura mit. Mehrheitlich entscheiden Schweizer Schulen also immer noch selbst, was die Nutzung

stattdessen 1,4 Millionen Franken in die Prävention im Umgang mit digitalen Medien investieren.

Und auch im Baselbiet verbieten von den insgesamt 88 Volksschulen bereits mehr als drei Viertel den Gebrauch von Smartphones zwischen den Lektionen – in den meisten Fällen ist die Nutzung auf dem Schulareal auch in der Mittagspause verboten.

## Rechtlich heikel?

Doch der Eingriff in die Kommunikation der Schülerinnen und Schüler während der Pausen wird auch kontrovers diskutiert. Dies zeigt ein Fall in der Berner Gemeinde Köniz. Dort sah ein Anwalt die Schülerinnen und Schüler in ihren Grundrechten bedroht, weil die Schulkommission ein generelles Handyverbot beschlossen hatte. Denn dieses beschneide die persönliche Freiheit der Kinder und Jugendlichen. Zudem müsste ein solches Verbot vom Stimmvolk oder von einem Gemeindeparkt verordnet und amtlich publiziert werden, andernfalls wäre es rechtlich nicht zulässig, argumentierte der Anwalt.

Beat A. Schwendimann verweist diesbezüglich auf das Pflichtenheft der Schule. Es sei deren Aufgabe, einen geordneten Betrieb zu gewährleisten. «Damit hat die Schule im Rahmen der Schulordnung die Berechtigung, ein Handyverbot auf ihrem Areal auszusprechen.» Rechtliche Probleme aufgrund schulischer Handyregeln seien ihm bislang nicht bekannt. Tatsächlich gebe es relativ wenig Widerstand.

Dennoch gelte es bei der Umsetzung eines Verbots einige Punkte zu beachten. «Die Schülerinnen und Schüler deponieren ihre Geräte selbst in Schliessfächern oder sogenannten Handytarassen.» Die Schule dürfe die Geräte nicht einziehen – ausser, es liege ein Rechtsverstoss vor. —



# Braucht es ein kantonales Handyverbot?

## Schulkinder brauchen im Umgang mit dem Handy Begleitung.

Die Volksschule ist ein Ort, an dem Kinder lernen und persönlich wachsen. Während Lehrpersonen ihnen Wissen, Fertigkeiten und Selbstvertrauen vermitteln, üben sie im Klassenverband den Umgang miteinander. Der Aargauer Regierungsrat hat den Schulen in der Vergangenheit bewusst viel Verantwortung übertragen, damit sie Unterricht und Schulalltag mit allen Herausforderungen optimal gestalten können. Dieses Prinzip gerät an seine Grenzen, wenn die Gesellschaft rasante Veränderungen wie den technologischen Fortschritt erlebt, bei dem wir neben allen Chancen lernen müssen, die Schattenseiten zu meistern.

Schulkinder können mit der ständigen Information, Präsenz und Vernetzung durch digitale Medien oft noch nicht verantwortungsbewusst umgehen und brauchen Begleitung. Indem wir die Nutzung elektronischer Geräte an Schulen einschränken, schaffen wir Orientierung und Sicherheit, wodurch ruhiger und konzentrierter Unterricht möglich wird und die Pausen wieder Raum für direkte Gespräche, Spiele und spontane Begegnungen bieten. Die Medienkompetenzen werden altersgerecht und ausgewogen vermittelt, sodass die Schülerinnen und Schüler schrittweise lernen, moderne Kommunikationsmittel zu nutzen – und auch wieder beiseitezulegen.

So verbinden sich kantonale Vorgaben mit schulischer Gestaltungsfreiheit – ein bewährtes Prinzip, das Praxisnähe und pädagogische Professionalität respektiert. Ich bin überzeugt, dass der Kanton mit der einheitlichen Regelung und der Präventionsarbeit bei Eltern und Kindern einen Standard setzt, der das Lernen der Kinder stärkt, ohne dabei die digitale Zukunft aus den Augen zu verlieren. Diese Überzeugung stützen die vielen positiven Rückmeldungen seitens Schülerinnen und Schülern sowie Lehrpersonen und Eltern, die ich in den vergangenen Wochen erhalten habe.

**Martina Bircher** amtet als Regierungsrätin (SVP) im Kanton Aargau und steht dem Departement für Bildung, Kultur und Sport vor.

## Handyverbote sind oft nicht mehr als Symbolpolitik – gut gemeint, aber wirkungslos.

Kaum ein anderes Thema wird in Schulen so leidenschaftlich diskutiert wie der Umgang mit dem Smartphone. Die Forderung nach generellen Handyverboten ist schnell erhoben. Doch eines zeigt die Erfahrung immer wieder: Verbote allein nützen selten. Sie animieren oft gerade dazu, Regeln zu unterlaufen oder sich heimlich darüber hinwegzusetzen. Handyverbote sind oft nicht mehr als Symbolpolitik – gut gemeint, aber wirkungslos.

Was aber niemand will: dass Schülerinnen und Schüler im Unterricht abgelenkt sind – durch Handys oder durch andre Störfaktoren. Konzentration, Präsenz und gegenseitiger Respekt sind Voraussetzungen für gutes Lernen. Das schulische Umfeld muss dies schützen und unterstützen.

Doch Handys sind Teil der Lebenswelt junger Menschen. Sie spielen im Familienalltag eine Rolle, in der Freizeit, in der Kommunikation. Die Schule darf das nicht ignorieren. Statt auf Abwehr zu setzen, sollte sie Jugendlichen Orientierung bieten. Denn ein gesunder, reflektierter Umgang mit digitalen Medien fällt nicht vom Himmel. Er muss gelernt, eingeübt und im Alltag erprobt werden.

Deshalb braucht es an den Schulen klare Regeln, keine Totalverbote. Regeln, die den schulischen Alltag schützen und gleichzeitig Raum lassen für medienpädagogische Nutzung, für Diskussion und Entwicklung von Medienkompetenz. Das Handy darf nicht der heimliche Feind im Schulraum sein. Es soll da gebraucht werden dürfen, wo es Sinn ergibt, und schweigen, wo es stört. Die Schule soll ein Ort sein, an dem junge Menschen lernen, Verantwortung zu übernehmen – auch im digitalen Raum. Dafür braucht es keine Angst und keine starren Verbote. Es braucht Haltung, Vertrauen und klare Linien. Das ist anspruchsvoll, aber machbar. Und langfristig wirksamer.

**Georg Simmen** ist Mitglied des Regierungsrates (FDP) des Kantons Uri und leitet die Bildungs- und Kulturdirektion.